

# Der Vollzugsdienst

6/2012 - 59. Jahrgang

Bund der Strafvollzugsbediensteten Deutschlands

**Die Justizvollzugsanstalt Hünfeld (Hessen) bleibt weiter teilprivatisiert**

Staatsminister Jörg-Uwe Hahn unterzeichnet neuen Betreibervertrag

Seite 42

**Wohin entwickelt sich die Laufbahn des Werkdienstes?**

Gleichwertigkeit von Meister- und Bachelorabschluss verkündet

Seite 51

**Vernichtender Bericht des Landesrechnungshofes zur JVA Burg als PPP-Projekt**

Prüferkenntnisse: "Erhebliche finanzielle Mehrbelastung"

Seite 73

## dbb-Bundesgewerkschaftstag



Anton Bachl gratuliert mit der BSBD-Delegation dbb-Chef Klaus Dauderstädt



Berlin Seite 21



Hamburg Seite 33



Thüringen Seite 79

**Fachteil: Studie über ständige Erreichbarkeit**

## INHALT

### BUNDESVORSTAND

- 1 Gedanken zum Jahreswechsel von Anton Bachl, BSBD-Bundesvorsitzender
- 2 Wegfall der Praxisgebühren ab Januar 2013
- 2 Herbsttagung der dbb-Frauenvertretung
- 3 dbb Gewerkschaftstag: Anträge des BSBD-Arbeitskreises Tarif
- 3 Einkommensrunde 2013: "Die Löhne sollten mindestens so steigen wie die Preise"
- 4 23. Bundesgewerkschaftstag des dbb

### LANDESVERBÄNDE

- 7 Baden-Württemberg
- 21 Berlin
- 26 Brandenburg
- 30 Bremen
- 33 Hamburg
- 38 Hessen
- 45 Mecklenburg-Vorpommern
- 47 Niedersachsen
- 50 Nordrhein-Westfalen
- 64 Rheinland-Pfalz
- 68 Saarland
- 70 Sachsen
- 73 Sachsen-Anhalt
- 76 Schleswig-Holstein
- 79 Thüringen

### FACHTEIL

- 82 Eine neue Studie beleuchtet die Ursachen und Folgen ständiger Erreichbarkeit

Redaktionsschluss für die Ausgabe 1/2013:  
15. Januar 2013



Mitglied im  dbb beamtenbund und tarifunion

 Europäische Union der Unabhängigen Gewerkschaften (CESI)

<b>Bundesvorsitzender</b>	Anton Bachl	bachl@bsbd.de www.bsbd.de
<b>Stellv. Bundesvorsitzende</b>	Petra Gerken-Wolf	bsbd-frauen@bsbd.de tarif@bsbd.de
<b>Stellv. Bundesvorsitzender</b>	Wolfgang Jänicke	wolfjnicke@aol.com
<b>Stellv. Bundesvorsitzender</b>	Friedhelm Sanker	fsanker@t-online.de
<b>Stellv. Bundesvorsitzender</b>	Franz-Josef Schäfer	eu@bsbd.de
<b>Schriftleitung</b>	Burghard Neumann	vollzugsdienst@bsbd.de vollzugsdienst.neumann@aol.com
<b>Landesverbände</b>	<b>Vorsitzende</b>	
<b>Baden-Württemberg</b>	Alexander Schmid	Alex.Bodmann@web.de www.bsbd-bawue.de
<b>Bayern</b>	Anton Bachl	post@jvb-bayern.de www.jvb-bayern.de
<b>Berlin</b>	Thomas Goiny	mail@bsbd-berlin.de www.bsbd-berlin.de
<b>Brandenburg</b>	Willi Köbke	willikobke@versanet.de www.bsbd-brb.de
<b>Bremen</b>	Werner Finke	werner.finke@JVA.BREMEN.de
<b>Hamburg</b>	Thomas Wittenburg	thomas.wittenburg@lvhs-hamburg.de www.lvhs.de
<b>Hessen</b>	Birgit Kannegießer	vorsitzende@bsbd-hessen.de www.bsbd-hessen.de
<b>Mecklenburg-Vorpommern</b>	Helmut Halwachs	helmut.halwachs@jva-buetzow.mv-justiz.de www.bsbd-mv.de
<b>Niedersachsen</b>	Uwe Oelkers	uwe.oelkers@vnsb.de www.vnsb.de
<b>Nordrhein-Westfalen</b>	Peter Brock	bsbd-p.brock@t-online.de www.bsbd-nrw.de
<b>Rheinland-Pfalz</b>	Winfried Conrad	bsbd.winfried.conrad@t-online.de www.bsbd-rlp.de
<b>Saarland</b>	Markus Wollscheid	markuswollscheid@t-online.de
<b>Sachsen</b>	René Selle	rene.selle@bsbd-sachsen.de www.bsbd-sachsen.de
<b>Sachsen-Anhalt</b>	Uwe Bülau	uwe.buelau@bsbd-lsa.de www.bsbd-lsa.de
<b>Schleswig-Holstein</b>	Michael Hinrichsen	hinrichsen@bsbd-sh.de www.bsbdsh.de
<b>Thüringen</b>	Gerd Schulz	g.schulz@bsbd-thueringen.de www.thueringen.de

17. Landesdelegiertentag am 26. Oktober 2012 in Schwäbisch Gmünd

## Ein großartiges Ereignis – mit Tiefgang und Kurzweil

Landesvorstand und Landeshauptvorstand tagten vorab am 25. Oktober 2012

**D**er BSBD-Landesverband Baden-Württemberg hat einige sehr ereignisreiche und spannende Tagungsstunden mit hohem informativen Gedankenaustausch und wichtigen Weichenstellungen für die nächsten fünf Jahre in der einzigartigen und überwältigenden Gastfreundschaft der Schwäbisch Gmünder Kolleginnen verbracht. Das gesamte Programm mit seinen verschiedenen Sitzungen und geselligen Veranstaltungen war eng gepackt, die Tagesordnungspunkte waren dicht gedrängt

und die Sitzungsteilnehmer und Delegierten mussten viele Beschlüsse und grundlegende weitreichende Entscheidungen treffen. Dank der hohen Disziplin der Teilnehmer und der konzentriert-straffen Führung konnten alle Punkte in angemessener Zeit abgearbeitet und sogar ein Zeitvorteil gewonnen werden, so dass der Delegiertentag mit der Festveranstaltung am späten Nachmittag des Freitag beendet werden und eine Fortsetzung der Sitzung am nächsten Morgen entfallen konnte.

Doch zunächst der Reihe nach!

### Landesvorstand

Der Vorstand hielt seine Sitzung am 25. Oktober 12 in der Zeit von 9.00 bis 12.20 Uhr im „Hotel Fortuna“ ab und beschäftigte sich hauptsächlich mit den aktuellen Ereignissen seit September 2012 aus dem Justizvollzug und der Landespolitik sowie insbesondere mit den letzten maßgeblichen Vorbereitungen zum Delegiertentag. Deshalb kam auch der für das Präsidium des Delegiertentags vorgesehene Versammlungsleiter **Wolfgang Reichert** hinzu, um die Ablaufstruktur insgesamt, die Wahlverfahren für den Vorstand und die Behandlung der Anträge entsprechend festzulegen.

### Landeshauptvorstand

Der Hauptvorstand mit seinen rund 50 Mitgliedern tagte am gleichen Tag von 13.40 bis 16.10 Uhr, ebenfalls im „Hotel Fortuna“. Der Landesvorsitzende **Alexander Schmid** konnte hierzu auch die Ehrenmitglieder **Wolfram Müller** und **Ernst Steinbach** herzlich begrüßen. Seine große Freude und seinen Dank für die Unterstützung bei der Planung und Durchführung des Delegiertentags drückte er gegenüber Frau Ltd. Regierungsdirektorin **Sibylle von Schneider-Holl** aus, die als Leiterin der JVA Schwäbisch Gmünd ein Grußwort sprach. Auch Frau von Schneider-Holl begrüßt die Anwesenden in der ältesten Staufstadt, die dieses Jahr ihr 850-jähriges Stadtjubiläum feierte.

Sie stellte ihre Hauptanstalt vor, die in dem im Jahre 1245 gegründeten Dominikanerinnenkloster Gotteszell untergebracht ist. Aktuell ist die Anstalt mit 331 weiblichen Gefangenen belegt, wobei alle Vollzugsarten vertreten sind: von Untersuchungshaft über Jugendstrafgefängnisse und lebenslange Freiheitsstrafen bis hin zu einer Sicherungsverwahrung. 1986 wurde eine umfangreiche Erweiterung der Haftplatzkapazitäten durch Errichtung der Häuser 1 und 2 (Wohngruppen) vorgenommen. Im Jahre 1996 wurden

die Beschäftigungsmöglichkeiten für die weiblichen Strafgefangenen mit einem neuen Textilreinigungsbetrieb verbessert.

Die bislang letzte große Baumaßnahme umfasste zwei weitere Haftgebäude für die Unterbringung der Untersuchungsgefangenen (Haus 5) und von jugendlichen Strafgefangenen (Haus 4) sowie die Errichtung einer neuen Versorgungsküche. Die Gebäude wurden im April 2004 in Betrieb genommen.

Im Frühjahr 2009 ist die Krankenabteilung nach rund 1 1/2 Jahren Umbauzeit in das ehemalige Küchengebäude umgezogen. Als Außenstellen für die Unterbringung von derzeit 34 männlichen

klar erfolgten Positionierung unseres Dachverbands **BBW**, dessen Vorstand am 24. September 2012 beschlossen habe, in keinerlei Verhandlungen mit der Regierung mehr einzutreten, da ohnehin bereits alles beschlossen und so eine ergebnisoffene Verhandlung nicht mehr möglich sei. Weitere schmerzliche Einschnitte können aus heutiger Sicht auch 2013 und 2014 auf die Beamten zukommen. **BBW und BSBD werden sich aber kraftvoll wehren!**

Als weiterer wichtiger Punkt wurde der Haushaltsvoranschlag 2013 vom Landeskassier **Frank Maertins** eingebracht, der den Hauptvorstandsmitgliedern als

Tischvorlage schriftlich zur Kenntnis gebracht worden war. Bei der Zusammenstellung und Gegenrechnung der Einnahmen und Ausgaben ergab sich ein ausgeglichener Haushalt, der insbesondere seine Grundlage in den ab 2011 angepassten Beiträgen, aber auch in wirksamen Sparbemühungen hat. Bei der Abstimmung wurde der Haushaltsvoranschlag für

das Geschäftsjahr 2013 vom Hauptvorstand einstimmig genehmigt.

Im weiteren Verlauf der Sitzung wurden die an den Delegiertentag gerichteten 20 Anträge behandelt und für die Abstimmungen am Folgetag vorbereitet. Schließlich erfolgte noch die kommissarische Bestellung von Kollegen **Martin Schäfer** vom Ortsverband Heilbronn als Fachgruppenvertreter des „Landwirtschaftlichen Dienstes“, da sein Vorgänger **Hermann Manz** für eine Wiederwahl nicht mehr zur Verfügung stand und aus der Fachgruppe Kollege **Schäfer** vorgeschlagen worden war. Nach der Hauptvorstandssitzung erfolgte eine Stadtführung durch die Innenstadt von Schwäbisch Gmünd und danach sollte ein Empfang beim Oberbürgermeister im Rathaus stattfinden (s. an anderer Stelle dieser Ausgabe).



**Begrüßung: Landesvorsitzender Alexander Schmid und Anstaltsleiterin von Schneider-Holl.**

Strafgefangenen betreibt die JVA Schwäbisch Gmünd das ehemalige Gerichtsgefängnis in Ellwangen sowie die landwirtschaftliche Domäne Kapfenburg mit, die durch den Schnaps aus eigener Brennelei bekannt ist. Dort sind 28 männliche Gefangene im offenen Vollzug untergebracht. Abschließend thematisierte Frau **von Schneider-Holl** noch die oft tendenziöse und auf besondere Vorfälle erpichte Berichterstattung in den Medien.

In Vertretung der Ortsverbandsvorsitzenden **Bärbel Woyan** bedankte sich Frau **Enslé-Bohn** für die Worte der Anstaltsleiterin und begrüßte ihrerseits den Landeshauptvorstand im Namen des Ortsverbandes Schwäbisch Gmünd.

Anschließend erstattete der Landesvorsitzende Bericht zum aktuellen Stand in Sachen **Sparrmaßnahmen der grünen Landesregierung** und der dazu

## Arbeitssitzung

## Umfassende Satzungsänderungen einstimmig angenommen

Tagung im Congress-Centrum Stadtgarten am 26. Oktober 2012

Die Arbeitssitzung der Landesdelegierten stand ganz im Zeichen der Entlastung und der Wahlen des Landesvorsitzenden und des Landesvorstands sowie einer umfassenden Änderung der Satzung des Landesverbands. Nachdem der noch amtierende Landesvorsitzende Alexander Schmid kurz nach 9.00 Uhr die Delegierten aus allen Landesteilen begrüßt hatte, wurde die nach der Geschäftsordnung vorgeschriebene Versammlungsleitung gewählt. Nach dem üblichen Kandidatur-Verfahren und per Akklamation wurden in das Präsidium eingesetzt: als Vorsitzender: Wolfgang Reichert, als Stellvertreter: Klaus Thillmann und als Schriftführer: Hans Guggenheim.

Anschließend wurde nach dem gleichen Wahlverfahren der Wahl- und Kontrollausschuss gewählt, in den von den Delegierten berufen wurden: Als Vorsitzender: Wolfram Müller und als Beisitzer Karl Adler und Hubert Weber. Beide Gremien nahmen unter großem Beifall ihre Tätigkeiten auf.

Für den nun folgenden Geschäftsbericht des Landesvorstands konnte sich der Vorsitzende Schmid recht kurz fassen, da – als Novum – eine ausführliche, 92-seitige „Berichterstattung über den

„herzliches Dankeschön“ der Druckerei der JVA Mannheim, die den Bericht in sehr ansprechender Gestaltung und mit praktischer Spiralbindung Ende September 2012 hergestellt hatte.

Es schlossen sich an: der Kassenbericht mit den Einnahmen- und Ausgaben- sowie Vermögensübersichten für die Zeit vom 1. Januar 2008 bis zum 31. Dezember 2011. Diese Unterlagen waren in den Delegiertenmappen enthalten und lagen so allen Anwesenden vor. Der Landeskassier Frank Maertins gab hierzu noch ausführliche erklärende Ergänzungen ab, so dass der Kassenbericht schließlich mit großem Applaus quittiert wurde.

Im nun folgenden Prüfbericht der beiden Kassenprüfer gab es keinerlei Beanstandungen, wobei die Überprüfungen im jährlichen Abstand durchgeführt worden waren. Der vortragende Kassenprüfer schlug deshalb die Entlastung der Landeskassiere vor.

Diesen Vorschlag aufgreifend beantragte der Sitzungspräsident, das Entlastungsverfahren auf den gesamten Vorstand auszuweiten. Sonach gewährten die Delegierten – bei Enthaltungen der Vorstandsmitglieder – dem **BSBD-Landesvorstand** einstimmig die Entlastung.

Mit dem nächsten Tagesordnungspunkt wurde als erster Antrag die vom Vorstand empfohlenen Satzungsänderungen aufgerufen; dies war erforderlich, weil die zu ändernde Satzung wahlrelevante Regelungen bezüglich eines „Ersten stv. Vorsitzenden“ und einer „Amtszeit“ von fünf Jahren enthielt. Wie der Vorsitzende erklärte, wurde die Arbeit an den Satzungsänderungen praktisch nach dem

letzten Delegiertentag 2008 mit dem Einsetzen einer Satzungskommission – bestehend aus den Kollegen Hamacher, Karl, Konrath und Maurer-Hellstern – begonnen.

In einem sehr transparenten Verfahren wurden die vielen und jeweils mehrfach geänderten Satzungsentwürfe mit den Mitgliedern des Landeshauptvorstandes und den Ortsverbänden besprochen und abgestimmt. Nun liege der endgültige Entwurf vor, bei dem nur noch eine kleine redaktionelle Anpassung bzgl. des Seniorenverbands ÖDBW vorzuneh-



Medienreferent Wolfgang Klotz.

men sei. Insgesamt habe die Satzung u. a. modernere Formulierungen und bezüglich aufzunehmender Mitglieder eine Öffnungsklausel erhalten. Nachdem aus



Landeskassier Frank Maertins.

der Mitte der Delegierten keine weiteren Änderungsempfehlungen ausgesprochen wurden, stellte der Versammlungsleiter die Satzungsänderungen als Ganzes zur Abstimmung, für die eine Zwei-Drittel-Mehrheit erforderlich war.

**Die vom Landesvorstand vorgeschlagenen Satzungsänderungen wurden einstimmig bei keiner Enthaltung angenommen.**



Das Präsidium: H. Guggenheim – W. Reichert – K. Thillmann.

ereignisreichen Zeitraum zwischen den Delegiertentagen 2008 und 2012“ vorab auf den Plätzen der Delegierten ausgelegt worden war.

Dieser weit überwiegend vom Presseferenten verfasste und zusammen mit dem Vorsitzenden herausgegebene Geschäftsbericht wurde von Kollegen Klotz kurz erläutert und wurde – dem kräftigem Applaus zufolge – auch gut angenommen. (Der Geschäftsbericht ist auf der **BSBD-Homepage** eingestellt und steht auch bei der Landesgeschäftsstelle, bei den Ortsverbänden und den Fachgruppenvertretern noch zur Verfügung.) In diesem Zusammenhang galt auch ein

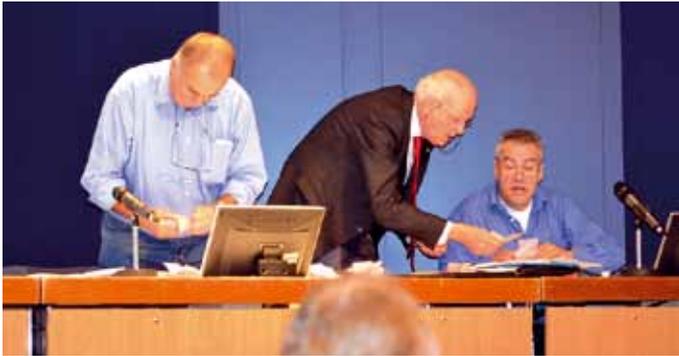

**Sonderdarlehen zu 1a-Konditionen!**  
[www.1a-Beamtendarlehen.de](http://www.1a-Beamtendarlehen.de)  
 Nutzen Sie Ihren Status als Beamter, Angestellter oder Arbeiter im ÖD


**0800-0404041**  
 Jetzt gebührenfrei anrufen & unverbindlich informieren  
 Mehrfachgeneralagentur Finanzvermittlung  
 Andreas Wendholt  
 Pralat-Höing-Str. 19 · 46325 Borken-Weseke  
**NÜRNBERGER**

## Wahl des Landesvorstandes

# Hohe Zustimmung für Alexander Schmid und Georg Konrath

Wegen geheimer Wahl ist eine zeitaufwendige Stimmenaushaltung notwendig



Der Wahlausschuss zählt Stimmen: K. Adler – W. Müller – H. Weber.



Die Wahlhelfer: R. Klein – A. Altmann – A.-K. Rott.

Nach sehr disziplinierter Abarbeitung all dieser Punkte folgte mit TOP 13 die Wahl des Landesvorsitzenden und des Vorstands. Wegen der geheimen Abstimmungen für die Wahl der Vorsitzenden und der entsprechend zeitaufwendigen Stimmauszählungen wurden neben dem Wahlausschuss auf Vorschlag des Versammlungsleiters die Gastdelegierten Ann-Katrin Rott, Alexander Altmann und Rainer Klein als Wahlhelfer bestellt. Die Ergebnisse der Wahlen, die sich – dennoch – bis kurz vor 13.00 Uhr hinzogen, sind in nachfolgender Übersicht dargestellt:

## Wahlergebnisse für den Landesvorstand

Name	Kandidatur u. Funktion	Stimmrecht. Delegierte	Stimmenzahl Gesamt	Ja	Nein	Enth.	Anteil %
Alexander SCHMID	Landesvorsitzender	97	96	96	1	0	98,97
Georg KONRATH	Erster Stellvertreter	97	96	96	1	0	98,97
Peter ZIELINSKI	Stellvertreter LV	96	82	82	11	3	85,42
Wolfgang NEUREUTHER	Stellvertreter LV	97	92	92	5	0	94,85
Andreas BECKER	Stellvertreter LV	97	24	24	—	—	24,74
Detlef HAMACHER	Stellvertreter LV	97	18	18	—	—	18,56
Michael SCHWARZ	Stellvertreter LV	97	55	55	—	—	56,70
Frank MAERTINS	Landeskassier, Internetbeauftr.	97	97	p. A.: einstimmig			
Hans KARL	Stellv. Landeskassier	97	97	p. A.: einstimmig			
Gerhard MAURER-HELLSTERN	Justitiar	97	97	p. A.: einstimmig			
Wolfgang Klotz	Referent für Medienarbeit	97	97	p. A.: einstimmig			
Lars RINKLIN	Schriftführer Mitgliedervorteile	97	97	p. A.: einstimmig			

## Die Leitung der Geschäftsstelle

wird gem. § 14 Abs. 5 Satzung LVBW als Bestandteil der „Geschäftsverteilung und -erledigung durch den Vorstand“ erachtet; für diese Funktion wird Kollegin **Barbara Reber** als „Geschäftsführerin des Landesverbandes“ weiterhin zur Verfügung stehen und bei der nächsten Vorstandssitzung im Dezember 2012 bestellt werden.

### Wahlergebnisse der Rechnungsprüfer

**Martin Nagel**, 1. Rechnungsprüfer  
per Akklamation: **einstimmig**  
**Matthias Vogginger**,  
2. Rechnungsprüfer  
per Akklamation: **einstimmig**

**D**ie Wahlergebnisse sprechen ihre eigene Sprache: sie sind einmalig und überwältigend. Dies gilt nicht nur für den bereits seit 2010 „etablierten“ Landesvorsitzenden Alexander Schmid, sondern ebenso für seinen Ersten Stellvertreter Georg Konrath wie für die wieder- und neugewählten stellvertretenden Vorsitzenden – kurz: es gilt für den gesamten Vorstand.

Dennoch: die Ergebnisse für unsere beiden „Hauptvorsitzenden“ sind nicht nur eine grandiose Bestätigung ihrer bisher geleisteten Verbandsarbeit, sie sind auch ein Beweis für das hohe Vertrauen in ihre künftigen Einsätze auf allen möglichen Ebenen. Diese Ergebnisse zeigen aber auch ein so großes Maß an Geschlossenheit und Solidarität der **BSBD-Mitglie-**

**der** im Lande, dass daraus für den Vorsitzenden und seinen gesamten Vorstand ein kraftvolles nachhaltiges Mandat für die Interessen aller Mitglieder und Bediensteten sowie für die des Justizvollzugs erwächst.

Die Vorsitzenden und die Vorstandsmitglieder nahmen jeweils unter großem Applaus ihre Wahl an und dankten herzlichst für das entgegengebrachte Vertrauen, wobei manchmal der Eindruck entstand, dass sich die Überwältigung auf die Sprache schlug. Und eins ist gewiss: diese Wahlergebnisse werden bei keinem zu Überheblichkeit führen, denn jeder weiß, dass damit auch enorme – vielleicht nicht immer zu erfüllende – Erwartungen verknüpft sind. Während der Stimmenaushaltung wurden die zum Delegiertentag eingebrachten weiteren

Anträge bearbeitet. So wurde insgesamt über 16 Anträge abgestimmt, von denen allein 14 Anträge vom Ortsverband Rottenburg und von der Fachgruppe „Krankenpflegedienst“ gestellt worden waren. Sieben Anträge wurden von den Delegierten mehrheitlich angenommen, neun Anträge als Arbeitsmaterial an den Vorstand verwiesen.

Ein letztes Extra-TOP-Ereignis von der Arbeitssitzung ist noch zu berichten: der Landesvorstand hatte in seinem zweiten Antrag die Delegierten gebeten,



Erster stellvertretender Vorsitzender Georg Konrath.

**Ernst Steinbach**, den langjährigen Vorsitzenden und Vorgänger von **Alexander Schmid** neben **Franz Hellstern** ebenfalls zum **Ehrenvorsitzenden** zu ernennen.

Die vielen Verdienste von Kollegen **Steinbach** um den **BSBD** und den Justizvollzug mit seinen Bediensteten aufzulisten, blieb – wie zu erwarten war – ein untauglicher Versuch. So stimmten die Delegierten, bei kurzer Abwesenheit des zu Ehrenden, **einstimmig** – ohne Gegenstimmen und ohne Enthaltungen – **für diese Ernennung zum Ehrenvorsitzenden**. Bei Rückkehr in den Saal gratulierten die Delegierten dem neuen **Ehrenvorsitzenden Steinbach** mit anhaltenden Standing Ovationen.

Dieser ergriff das Mikrophon und hielt eine kurze bewegte Dankesrede. Dabei mag der Chronist nicht entscheiden, ob seine raue Stimme auf seine erkälteten Stimmbänder oder auf seine gerührte Stimmung zurückzuführen war. *wok*



Ernst Steinbach, Ehrenvorsitzender des BSBD Baden-Württemberg.

## Öffentliche Festveranstaltung zum 17. Landesdelegiertentag

Eröffnung und Begrüßung durch den Landesvorsitzenden Alexander Schmid

*Sehr verehrter Herr Minister Stickelberger,  
sehr geehrte Herren Abgeordnete,  
sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,  
sehr geehrter Herr Vorsitzender des BBW,  
geschätzte Kollegen der Partnergewerkschaften,  
verehrte Gäste des heutigen Festaktes, liebe Kolleginnen und Kollegen,  
meine sehr verehrten Damen und Herren!*

Am 10. März 1955 fand im Jägersaal der Gaststätte „Zur alten Burse“ in Freiburg ein denkwürdiges Ereignis statt: die Gründungsversammlung der ersten Fachgewerkschaft für den Strafvollzug, dem **Bund der Strafvollzugsbediensteten Deutschlands „BSBD“**.

Bereits im Folgejahr 1956 kam es zum ersten Delegiertentag des damaligen Landesverbandes Baden-Württemberg und ebenfalls ab 1956 erschien auch unser bis heute bundesweit vertriebenes Verbandsorgan **„Der Vollzugsdienst“**. Ich freue mich, als sechster Vorsitzender

**BSBD** – diese vier Buchstaben stehen für eine Gewerkschaft, die sich mit all ihren ehrenamtlichen Funktionären und Mitgliedern seit 1955 bis heute um die Menschen sorgt, die täglich in einem der schwierigsten Arbeitsbereiche, den diese Gesellschaft zu bieten hat, dem Strafvollzug, ihren Dienst verrichten.

In diesem Zusammenhang sei mir die Anmerkung erlaubt, dass der **BSBD** seit der ersten Wahl zum Hauptpersonalrat der Justiz im Jahr 1970 durchgängig den Vorsitz dieses für die gesamte Justiz eminent wichtigen Gremiums gestellt hat.



Vor der Festveranstaltung: die erste Reihe.

in der Geschichte unserer Fachgewerkschaft, Sie alle hier im CSS begrüßen zu dürfen. Besonders darf ich aber unseren neuen Ehrenvorsitzenden, **Ernst Steinbach**, an dieser Stelle herzlich willkommen heißen. Sehr gerne hätte ich auch unseren ersten Ehrenvorsitzenden **Franz Hellstern** begrüßt, der jedoch wegen Erkrankung kurzfristig absagen musste. So bleibt mir nur in Ihrer aller Namen, ihm von hier aus ganz herzlich gute Besserung zu wünschen. Ihr Beiden – **Franz Hellstern** und Du, lieber **Ernst** – habt zusammen fast 27 Jahre die Geschicke des **BSBD** im Land, aber auch im Bund maßgeblich bestimmt und wenn ich am heutigen Tag auf diese Veranstaltung und die anwesenden Menschen blicke, dann habe ich das sichere Gefühl, dass ihr etwas Großartiges angestoßen und weiterentwickelt habt.

Diese Tatsache erfüllt uns mit großem Stolz.

Leider muss ich mit Bedauern feststellen, dass in der medialen Berichterstattung und in der öffentlichen Wahrnehmung unserer Berufsgruppe, soweit diese überhaupt stattfindet, ein anderes Denken Einzug gehalten hat. Es wird in Abwandlung des Zitates nur noch gesehen, was die Dinge kosten, aber es wird nicht mehr erkannt und vor allem gewürdigt, was die Dinge wert sind. Diese ausgeprägte zeitgenössische Mentalität des Qualitäts- und Preiszerfalls – à la Billigheimer – hat aber meines Erachtens nichts in der Diskussion rund um den öffentlichen Dienst in Baden-Württemberg verloren. Wer die innere Sicherheit – und als elementaren Teil der inneren Sicherheit versteht sich der Strafvollzug neben unseren Partnern von der Polizei – nur

unter fiskalischen Gesichtspunkten sieht und die Menschen, ich sage ausdrücklich Menschen und nicht Beamte, zur Pensionslast degradiert, der demontiert unsere öffentliche Verwaltung und rüttelt an den soliden Grundfesten unseres Landes Baden-Württemberg. Eingriffe in die ohnehin schon schlanken Personalstrukturen des Strafvollzuges sind im schlimmsten Fall Eingriffe in die Sicherheit meiner Kolleginnen und Kollegen, in die Sicherheit der Bevölkerung und in die Sicherheit der Inhaftierten. Dies lehnen wir entschieden ab.



Drei „Generationen“ Vorsitzende: Franz Hellstern, Alexander Schmid und Ernst Steinbach bei der Weihnachtsfeier 2011. Foto: BSBD/FM

Wir im Strafvollzug sind übrigens ganz besonders von Neid- und Spardebatten, wie sie leider gerade wieder aktuell nicht nur an einigen Stammtischen geführt werden, betroffen. Der Strafvollzug ist ein sehr personalintensiver Bereich der öffentlichen Verwaltung – mit mindestens 60% Personalanteil – und ich bringe hier auch nochmals klar zum Ausdruck, dass im Strafvollzug mit seinen 88% der Bediensteten im mittleren Dienst keine Millionärsgehälter verdient werden.

Seit unserem letzten Delegiertentag 2008 in Stuttgart hat sich in Baden-Württemberg geradezu ein politisches Erdbeben ereignet: Grün-Rot hat den Wechsel der Landesregierung erreicht. Was bedeutet dies für uns als Strafvollzugsbedienstete? Der Koalitionsvertrag vom Mai 2011 kann hier als Maßstab für das bisher Erreichte, aber auch für viele noch offene politische Zielsetzungen der neuen Landesregierung gesehen werden.

#### Hier einige Kernaussagen:

- zukunftsichere Beamtenpensionen
- keine Privatisierung im Strafvollzug
- gerechte Besoldung als Motivation
- ausreichend Personal und moderne Ausstattung der Justiz
- kooperativer Führungsstil und moderne Führungskultur
- leistungsfähiger ÖD durch motivierte und qualifizierte Mitarbeiter
- Besoldung im Einklang mit Tarifabschlüssen

- Überprüfung der Sonderaltersgrenzen
- Ausbau und gesetzliche Verankerung der Gesundheitsvorsorge.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich bin überzeugt, die eine oder andere Aussage hat Sie angesichts der gerade im Moment in Baden-Württemberg herrschenden „Spardebatte“ doch sehr überrascht. Ich glaube, Sie werden mir nicht widersprechen, wenn ich sage, es gibt noch viel zu tun. Aber ich will auch nicht verkennen, dass die Politik gerade im Bereich des Strafvollzuges schon einige wichtige Schritte gegangen ist. Wenn wir auch in Zukunft motiviertes und qualifiziertes Personal im Strafvollzug haben wollen, dann muss sich die Landesregierung darüber im klaren sein, dass mit einer Aussicht auf Einstellung in A7 und der Pensionierung in A9 schon heute, aber vor allem in Zukunft der öffentliche Dienst im Strafvollzug zu den möglichen Verlierern im Wettstreit um die

besten Köpfe gehören wird. Hier ist dringender Handlungsbedarf. Niemand kann ohne echte finanzielle und laufbahntechnische Perspektive auf Dauer einen solchen Job – wie den des Strafvollzugsbeamten – ausüben.

Herr Minister, Sie werden in der Stuttgarter Zeitung am 28. September 2012 mit den Worten zitiert: „**Wenn es um die Resozialisierung, innere Sicherheit und Rechtsfrieden geht, darf Geld nicht an erster Stelle stehen.**“

Sehr geehrter Herr Minister, Ihre Aussage begrüße ich sehr und auch, dass Sie und damit die neue Landesregierung mit ihrem Ministerratsbeschluss vom 17. Juli 2012 die Abkehr vom Konzept der Teilprivatisierung der JVA Offenburg beschlossen haben. Hierfür danke ich Ihnen und zitiere einen Kollegen aus der JVA Offenburg: „Der Mann steht zu sei-



Landesvorsitzender Alexander Schmid.

nen Worten und Ankündigungen“. Eine langjährige Forderung des BSBD wurde damit erfüllt und meine Kolleginnen und Kollegen im ganzen Land, aber auch im Bundesvorstand des BSBD haben diesen Kurswechsel mit Erleichterung und Freude aufgenommen. Erfreulicherweise geht nun auch Berlin diesen Weg des „**Nein zur Privatisierung**“, wie Ihr Amtskollege Justizsenator **Heilmann** erst kürzlich ankündigte.

Die letzten Jahre sind aber auch geprägt von vielen anderen fundamentalen Veränderungen mit Auswirkungen im Strafvollzug. Hier will ich beispielhaft das **neue Dienstrecht** mit seinen für den Strafvollzug teilweise gravierenden Änderungen erwähnen. So hat insbesondere die Einführung der Erfahrungsstufen als Nachfolgemodell zu den Dienstaltersstufen erhebliche Folgen. In einem Bereich wie dem Strafvollzug, in dem traditionell viel Wert auf Lebenserfahrung vor der Einstellung gelegt wird, ist es fatal, dass nun eben gerade diese lebensälteren Bewerber durch die eingeschränkte finanzielle Berücksichtigung ihrer Verdienstzeiten und ihres Lebensalters von einem Eintritt in den Strafvollzug, z.B. als Werkmeister, abgehalten werden und ihr Glück dann lieber in der freien Wirtschaft suchen.

#### Krankheitstage der Bediensteten im Strafvollzug erschrecken

Auch die im Koalitionsvertrag angekündigte Überprüfung der Lebensarbeitszeit erwarten wir mit großer Spannung. Dies vor allem darum, weil wir mit Erschrecken die Zahlen zu den Erkrankungen der Bediensteten im Strafvollzug ausgewertet haben. Wir können, wir dürfen und wir wollen es als verantwortungsbewusste und den Menschen zugewandte Gewerkschaft nicht hinnehmen, dass es einen Durchschnitt im allgemeinen Vollzugsdienst von 19 Krankheitstagen und einen Spitzenwert von bis zu 31 Krankheitstagen in Baden-Württemberg gibt. Hier gilt es, echte Ursachenforschung zu betreiben und sich nicht mit einfachen Antworten zufrieden zu geben. Es ist sowohl eine „Verhaltensänderung Einzelner als auch eine Verhältnisänderung im System“ unabdingbar angezeigt. Das Gesundheitsmanagement in der Landesverwaltung kann diese Problematik nicht alleine stemmen, stellt aber einen Schritt in die richtige Richtung dar. In Zeiten klammer Kassen muss doch jeder politisch Verantwortliche aufhorchen, wenn man sich vergegenwärtigt, dass das Land Baden-Württemberg täglich 3 Millionen Euro für Beihilfe aufwendet. Warum versuchen wir nicht, hier anzusetzen. Allein eine Reduzierung dieser Kosten um 10%

durch geeignete nachhaltige Maßnahmen brächte eine strukturelle Einsparung für den Landeshaushalt von ca. 300.000 Euro pro Tag.

#### Viele weitere Projekte und Vorhaben wie:

- die Umsetzung der Stellenhebungen und die Neuordnung der Zuschläge im Zuge des Dienstrechtsgesetzes
- die Einführung der blauen Uniform im Justizvollzug
- die neue Verwaltungsvorschrift Schicht- und Wechseldienst
- die Einrichtung und Betreuung des Gesundheitsmanagements im Strafvollzug
- die Neuregelung des Aufstieges nach § 22 LBGBW

konnte der **BSBD** kritisch und konstruktiv begleiten. Dies war aber auch nur durch die enge Zusammenarbeit mit der Abteilung IV im Justizministerium möglich. Hierfür möchte ich mich bei Ihnen, Herr Ministerialdirigent **Futter**, und bei Ihnen, Herr Ministerialrat **Weik**, bedanken.



Prominente Gäste beim Delegiertentag.

Natürlich dürfen, sollen, ja müssen sich Gewerkschaft und Dienstherr aneinander reiben, aber ich persönlich stehe für einen Weg der Suche nach Gemeinsamkeiten und Kompromissen. Vertrauen und gegenseitiger Respekt sind ein hohes Gut und der vielleicht publikumswirksamere, öffentliche Trommelwirbel ist erst nach Ausschöpfung anderer Möglichkeiten ein probates Mittel, um unsere gewerkschaftlichen Ziele durchzusetzen. Aber auch wir waren am 3. März 2012 in der Liederhalle in Stuttgart, um unseren **BBW**-Vorsitzenden **Volker Stich** im leider vorerst vergeblichen Ringen um eine Einigung mit der Landesregierung zu unterstützen.

Eines wurde mir an diesem denkwürdigen Tag sehr bewusst, gemeinsam waren und sind wir stark und ich glaube, das ist auch Herrn **Ministerpräsidenten Kretschmann** an diesem Tag deutlich geworden.

Aus diesem Grund ist es mir auch sehr wichtig, den **BSBD** eng in die gewerk-

schaftlichen Dachverbände des **BBW** und des **BSBD-Bund** einzubinden, und ich bin dankbar, dass der Vorsitzende des baden-württembergischen Verbands, **Volker Stich**, heute ein Grußwort an uns richten wird. Der **BSBD**-Bundesvorsitzende **Anton Bachl** hat leider kurzfristig absagen müssen.

Sehr geehrte Gäste dieses Festaktes anlässlich des 17. Delegiertentages des **BSBD** Landesverbandes Baden-Württemberg, unser Ziel als Gewerkschaft in den nächsten Jahren wird es auch weiterhin sein, die Menschen im Strafvollzug, also unsere Kolleginnen und Kollegen, in den Focus unserer Arbeit zu stellen.

#### Wir wünschen uns:

- gesellschaftliche Anerkennung unserer Arbeit,
- eine zukunftssichere Besoldung und Versorgung und keinen politisch motivierten Umgang mit unseren Sorgen und Ängsten,
- eine personelle und funktionelle Ausstattung unserer Dienststellen, die es

uns erlaubt, unseren Auftrag wahrzunehmen, die Gesellschaft zu schützen und Menschen zu resozialisieren,

- eine Politik, die aktiv dem Zerrbild vom Schließler und Wärter entgegentritt und damit unsere Wertschätzung gewinnt,
- dass wir als das wahrgenommen werden, was wir wirklich sind: Menschen, die in einem der schwierigsten Bereiche der öffentlichen Verwaltung täglich ihre Gesundheit, ihre Motivation und ihre ganze Kraft in den Dienst der Gesellschaft stellen.

Ich zolle Ihnen, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen aus dem Strafvollzug, heute meinen tiefst empfundenen Respekt und lade Sie, sehr geehrte Damen und Herren Festgäste ein, im Rahmen des später stattfindenden kleinen Empfangs mit uns ins Gespräch zu kommen.

*Vielen Dank!*

*Alexander Schmid,  
Landesvorsitzender*

## Grußworte



**Der Oberbürgermeister Richard Arnold der Großen Kreisstadt Schwäbisch Gmünd** drückte seine große Freude darüber aus, dass der **BSBD**-Landesverband seinen 17. Delegiertentag in der Großen Kreis-

stadt Schwäbisch Gmünd und in der ältesten Stauferstadt abhält. Er hieß alle herzlich Willkommen. Die Aufregung über den missglückten, weil durch seine Abwesenheit ausgefallenen Empfang für den **BSBD** im Rathaus am Vorabend steckte er locker-flockig weg und verkündete mit seinem gewinnenden Charme, wie sehr er Persönlichkeiten und Mitarbeiter mit Phantasie und Improvisationsgeschick schätze. Dies habe der **BSBD** mit seiner spontanen Entscheidung bewiesen, indem er kurzerhand den Empfang in die Paulaner-Gaststätte am Marktplatz verlegte – und die Zeche dem OB aufbürden ließ; er werde sie gerne übernehmen. Ansonsten habe er gute praktische Einblicke in den Justizvollzug durch die JVA Schwäbisch Gmünd – und er lobte die guten und konstruktiven Begegnungen mit der Anstaltsleiterin **von Schneider-Holl** und den Bediensteten, denen er seinen hohen Respekt für ihre schwere Arbeit ausdrückte. Die Delegierten lud er schon jetzt zur Landesgartenschau im Jahre 2014 ein – ein großes Ereignis – hoffentlich ohne Groß-Baustellen.

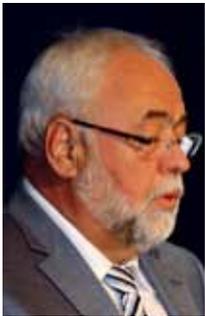
## Abgeordnete der Landtagsfraktionen



**Der Abgeordnete Willi Halder (Grüne)** hielt anstelle seines Parlamentskollegen und Strafvollzugsbeauftragten **Jürgen Filius** MdL das Grußwort für die **Landtagsfraktion der Grünen**, von deren Vorsitzenden **Edith Sitzmann** er

beste Grüße an die **BSBD**-Delegierten überbrachte. Er selbst sei Abgeordneter des Nachbarwahlkreises Waiblingen und habe mit der Justiz allgemein und mit dem Justizvollzug durch seine Mitgliedschaft im Ständigen Ausschuss sowie durch seine Kontakte zum Arbeitskreis „Recht und Verfassung“ entsprechend konkrete Berührungspunkte zu dieser Materie. So sei gerade im Ausschuss der Gesetzes-

entwurf für die neu zu gestaltende Sicherungsverwahrung beraten worden und es habe sich gezeigt, wie problematisch sich diese Aufgabe darstellte. Er habe große Bewunderung für die Vollzugsbediensteten, die erheblichen Belastungen und Anspannungen ausgesetzt seien.



**Der Abgeordnete und Strafvollzugsbeauftragte der SPD-Landtagsfraktion Ernst Kopp (SPD)** überbrachte ebenfalls die Grüße seines Fraktionsvorsitzenden der **SPD – Claus Schmiedel** MdL. Er wurde überdies begleitet

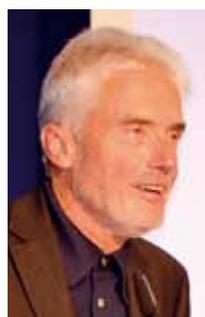
von seinem Kollegen und örtlichen Wahlkreisabgeordneten **Klaus Maier** MdL aus Schwäbisch Gmünd. Auch auf die Gefahr hin, Missfallen bei den Delegierten und damit bei Beamten zu erregen, müsse er in diesen schweren Zeiten der Haushaltskonsolidierung auch Besoldungsfragen und diesbezügliche Lösungsvorstellungen aufgreifen. Bei einem sehr hohen Personalkostenanteil von über 40 Prozent im Landshaushalt müsse auch in diesem Bereich dringend gespart werden, um 2020 die „Schuldenbremse“ einhalten zu können. Hinzu komme, dass auch die von der Vorgängerregierung angehäuften Schulden abgetragen werden müssten. So sei auch eine deckungsgleiche Übernahme von Tarifabschlüssen für die Beschäftigten auf die Beamten nur aufgesplittet denkbar: entweder inhaltsgleich oder zeitgleich; beides zusammen gehe nicht! Dennoch wünsche er den Bediensteten des Justizvollzugs alles Gute und viel Erfolg bei ihrer Arbeit.



**Mit dem Abgeordneten und Strafvollzugsbeauftragten der CDU-Landtagsfraktion Karl Zimmermann** betrat ein langjähriger Bekannter des **BSBD**-Landesverbandes die Bühne vor den Delegierten.

Er dankte in Vertretung seines Fraktionsvorsitzenden **Peter Hauk** und im Namen

der **CDU**-Fraktion für die Einladung zum Landesdelegiertentag. Er bekleide nun das Amt des Strafvollzugsbeauftragten seit 2001 – also seit mehr als zehn Jahren – und die Probleme seien immer noch die gleichen. In dieser Zeit habe er stets eine ausgezeichnete offene Kommunikation und erfolgreiche Kooperation mit dem **BSBD** gegeben. In seinem Grußwort griff er dann Fragen zur Neugestaltung der Sicherungsverwahrung und die für ihn in diesem Zusammenhang nicht nachvollziehbare Abkehr von der Arbeitspflicht auf. Er unterstütze aber nachdrücklich das Neubauvorhaben in Rottweil und – damit einhergehend – das Haftplatzentwicklungsprogramm insgesamt. Er räume auch gerne ein, dass mit der neuen Landesregierung eine enge und erfolgreiche Zusammenarbeit zwischen der **CDU**-Fraktion bzw. seiner Person und dem Justizministerium gegeben sei. Es mache ihm auch nichts aus, dass er von seinen Parlamentskollegen immer noch mit „gespreizten Fingern vor dem Gesicht“ – ob seines Einsatzes für die „Gitterzulage“ – begrüßt werde. Als abschließenden Gruß sagte er: „Ich danke Ihnen allen für Ihre hervorragende Arbeit, die in der Öffentlichkeit nicht immer und nicht überall die entsprechende Wertschätzung erfährt, aber allgemein lässt sich doch feststellen, dass die Welt hinter Gittern in der Öffentlichkeit öfters und bewusster wahrgenommen wird, als dies noch vor Jahren der Fall war.“ (Das Grußwort ist im vollen Wortlaut auf der Homepage des **BSBD**-Rubrik „Delegiertentag“ nachzulesen.)



**Auch bei dem Abgeordneten und Strafvollzugsbeauftragten der FDP-Landtagsfraktion Professor Dr. Ulrich Goll** bestand keine Notwendigkeit der besonderen Vorstellung bei den Delegierten. Als früherer Justizminister

hat er in den Jahren von 1996 bis 2002 und dann wieder von 2004 bis 2011 die schwere politische Verantwortung für den Justizvollzug des Landes getragen und viele erfolgreiche Entwicklungen zu dessen Gestaltung angestoßen und auch abgeschlossen – wenn auch bisweilen nicht unumstritten. Er brachte ebenfalls

den Dank seiner Landtagsfraktion für die Einladung und von dort herzliche Grüßen mit. Er ließ im Rückblick die vielen guten Kontakte und konstruktiven Gespräche mit dem Vorstand und dem Vorsitzenden des **BSBD** wieder aufleben und würdigte seine praktischen Erkenntnisse aufgrund seiner vielen Besuche in den Anstalten. Dass die von ihm veranlasste Teilprivatisierung der JVA Offenburg rückgängig gemacht werde, könne er gut verkraften. Aber seinerzeit wäre wegen der erheblichen Personalforderungen ohne diesen neuen Weg der „Privatisierung“ diese Anstalt nicht realisierbar gewesen. Dem Grußwort von **Professor Dr. Goll** war gleichermaßen Freude über seine Gegenwart im Kreise des **BSBD** wie auch etwas Wehmut über diese nun seltene Möglichkeit anzumerken. Es versteht sich auch von selbst, dass er die Arbeit der Bediensteten mit großer lobender Anerkennung uneingeschränkt würdigte.

## Gewerkschaftsverbände



**Der Vorsitzende des Beamtenbundes Baden-Württemberg – Volker Stich** – kündigte nach seinen herzlichen Grüßen vom Vorstand des **BBW** ohne Umschweife an, dass ihm die Zeit für ein kurzes Grußwort

nicht ausreiche – und dass er in diesen politischen Zeiten kein Grußwort halten werde. Ihm sei der Umgang der Landesregierungen mit den Beamtinnen und Beamten wichtiger. Er begann mit einer geharnischten **emotionsbeladenen Protestrede gegen die Sparmaßnahmen**. Mit der aktuellen und – der Vollständigkeit halber – auch den vorangegangenen Landesregierungen ging er hart ins Gericht. So zählte er zunächst all die kräftigen Einschnitte aus den letzten zehn Jahren auf, als da wären: der Wegfall des Urlaubsgeldes, die Halbierung des Weihnachtsgeldes, die Erhöhung der Arbeitszeit auf 41 Wochenstunden und Kostendämpfungen sowie Wahlleistungserhöhungen bei der Beihilfe – dies alles sei noch unter schwarz-gelber Herrschaft gewesen. Nun habe die neue Regierung

Extra günstig vom Spezialisten anrufen und testen.

**0800 - 1000 500**

Free Call

Wer vergleicht, kommt zu uns, seit über 35 Jahren.



**Beamtendarlehen supergünstig**  
**5,27%** effektiver Jahreszins\*  
Laufzeit 7 Jahre

- Umschuldung: Raten bis 50% senken
- Beamtendarlehen ab 10.000 € - 125.000 €
- Baufinanzierungen günstig bis 120%

**AK FINANZ**

Kapitalvermittlungs-GmbH  
E3, 11 Planken  
68159 Mannheim  
Fax: (0621) 178180-25  
Info@AK-finanzz.de

[www.AK-Finanz.de](http://www.AK-Finanz.de)

\*Spezialdarlehen: Beamte / Angestellte ö.D.

Außerst günstige Darlehen z.B. 30.000 € Sollzins (fest gebunden) 5,15%, Lfz. 7 Jahre, mtl. Rate 426 € effektiver Jahreszins 5,27%, Bruttobetrag 35.784 € Sicherheit: Kein Grundschuldeintrag, keine Abtretung, nur stille Gehaltsabtretung. Verwendung: z.B. Modernisierung rund ums Haus, Ablösung teurer Ratenkredite, Mobilkauf etc. Vorteile: Niedrige Zinsen, feste Monatsrate, Sondertilgung jederzeit kostenfrei, keine Zusatzkosten, keine Lebens- Renten oder Restschuldversicherung.

2012 bereits 130 Millionen Euro den Beamten durch spürbare Besoldungsverchiebungen abgespart – und während diese Sparmaßnahme noch lief, würden bereits zwei weitere Sparpakete mit dem 8-Punkte-Programm im „Haushaltsbegleitgesetz 2013/14“ und mit der sehr eingeschränkten Übernahme des im Frühjahr 2013 anstehenden Tarifabschlusses geschnürt (auf 1,5 % gedeckelte bzw. wieder verschobene Anpassung oder gar Nullrunde).

Bereits die zurückliegenden Maßnahmen hätten dazu geführt, dass in den letzten 10 Jahren die Einkommensentwicklung bei den Beamtinnen und Beamten bei etwa 15 % lag, während sie in der freien Wirtschaft um über 20 % anstieg. Und die allseits erhobene Forderung, die Pensionen um 10 % zu kürzen, sei eigentlich schon erfüllt, da die vorgenommenen Einschnitte bei den Versorgungsempfängern bereits Einbußen von 6 bis 8 % erbracht hätten. Dabei sei gegenwärtig mit sprudelnden Steuermehreinnahmen von über 2 Mrd. Euro zu rechnen und niemand könne nachvollziehen, weshalb neue Haushaltskredite aufgenommen werden müssten. Dennoch sei auch bei den Beamtinnen und Beamten die Einsicht gegeben, dass zur Haushaltskonsolidierung gespart werden müsse, es sei aber überhaupt keine Einsicht dazu vorhanden, dass dies ungerecht, einseitig und allein den Taschen der Beamtinnen und Beamten entnommen wird. Diese – wie Kollege **Volker Stich** selbst einräumte – sehr emotionale Protestrede löste unter den Delegierten vielfach Szenenapplaus, Jubel und am Ende Standing Ovationen aus.

Bei den Politikern und auch bei einer Reihe von Delegierten breitete sich aber auch Unbehagen und Betroffenheit aus. Eine solch agitatorische Rede – von der Presse als „Brandrede“ charakterisiert – hatte man im Rahmen einer Festveranstaltung nicht erwartet. Sicher hätte sich auch ein „Grußwort“ für kritische Anmerkungen geeignet, und so blieb bei einigen Zuhörern der schale Eindruck, dass die Rede von **Volker Stich** am falschen Ort und zur falschen Zeit gehalten worden sei – auch wenn er in der Sache wohl rundum Recht haben mag. Es wurde auch der Vorwurf mangelnder Fairness laut, da die angegriffenen Politiker keine Gelegenheit zur Erwiderung hatten.

Dies hatte auch Auswirkungen: die „Gmünder Tagespost“ titelte am 27. Oktober 2012: „*Stichs Brandrede brems die Festrede*“. Völlig zugeschüttet durch diese nicht eingeplante Umwidmung der Festveranstaltung wurden auch die brennenden Probleme des Justizvollzugs, die die Öffentlichkeit und die Presse eigentlich interessieren müssten – und die vom **BSBD** in einer **Presseerklärung mit sechs Themenschwerpunkten** zum Delegiertentag in schriftlicher Form den anwesenden Redakteuren übergeben wurden.

#### Von diesen Themen:

- Krankheitsentwicklung bei Bediensteten
- Gewalttaten im Vollzug
- Sicherungsverwahrung
- Haftplatzentwicklungsprogramm 2015
- Ende der Privatisierung
- Sparsonderopfer

ist bei der Presse so gut wie nichts angekommen. Immerhin war in der „*Rems-Zeitung Schwäbisch Gmünd*“ unter einem großen Bild mit den Festgästen ein für den **BSBD** günstiger und wohlwollender kleiner Artikel geschrieben, der auch das gute Verhältnis zwischen Justizminister und dem **BSBD** hervorhob. (*Die beiden Artikel sind an andere Stelle dieser Ausgabe abgedruckt; die Medieninformation ist auf unserer Homepage eingestellt.*)



**Auch der Vorsitzende Dieter Berberich des Seniorenverbands öffentlicher Dienst Baden-Württemberg** überbrachte die Grüße seines Vorstands und vertiefte danach noch etwas die Kerbe, die Kollege **Stich** bereits

geschlagen hatte. Er bezweifelte etwa die Verhandlungsbereitschaft und -fähigkeit eines Teils der Landesregierung, zu dem auch kein konstruktiver Zugang zu finden sei. Ansonsten sei eine starke Vertretung für die Senioren geboten, die man auch durch neue Strukturen im Verband wirksam untermauert habe. Der Verband passe seinen Aufgabenbereich der gesamtgesellschaftlichen Entwicklung an und unterstreiche mit seinem neuen Namen „Seniorenverband öffentlicher Dienst“, dass er für alle Ehemaligen aus dem öf-

fentlichen Dienst eintritt und nicht nur für Ruhestandsbeamte. Man müsse damit rechnen, dass die Landesregierung zwar bei den Beamten mit Kürzungen anfangen, dabei aber den gesamten öffentlichen Dienst im Blick habe. Während beispielsweise der Bund bei der Beihilfe frühere Kürzungen zurücknehme, werde hier im Lande in allen Bereichen gekürzt – und zwar so stark, dass es bei vielen Beamten an die Existenz gehe (wie z.B. bei der Beihilfeberechtigung von Ehegatten). Aber: der Seniorenverband sei sehr wachsam und er habe mit seinen 25.000 Mitgliedern im Land einen starken solidarischen Rückhalt.



**Der Vorsitzende Joachim Lautensack der Deutschen Polizeigewerkschaft LVBW** bestellte die Grüße seines Vorstands und hielt zum Abschluss dieser Runde sein Grußwort. Er sei sich nicht ganz sicher,

weshalb ihm diese Ehre zuteil geworden sei. Nur daran, dass er ein „netter Kerl“ sei, könne es wohl nicht liegen. Auch die „Sparpakete“ seien schon ausreichend behandelt worden, so dass er sich noch etwas anderes überlegt habe – nämlich die Gemeinsamkeiten von Justizvollzugsdienst und Polizeivollzugsdienst. Diesbezüglich sehe er zunehmend eine Entwicklung, die ihn mit großer Sorge erfülle. Kernpunkt seiner Beobachtung sei, dass Anerkennung und Wertschätzung von Polizei und Justiz immer unwichtiger würden oder ganz verloren gingen. Dabei denke er keineswegs an autoritäre oder obrigkeitliche Strukturen. Ausbildung und praktische Dienstgestaltung bei Polizei und Justizvollzug seien längst geprägt durch Elemente wie Bürgernähe, Kooperation, Deeskalation usw. Dennoch häuften sich die Beleidigungen und tätlichen Angriffe auf die Beamten in erschreckendem Ausmaß. Dieser Entwicklung müsse wirksam – auch politisch – entgegen gesteuert werden. Und hierzu sei die staatliche Identität zugrunde zu legen: Wer Polizisten und Vollzugsbeamte beleidigt oder angreift, der beleidigt oder greift nicht die Person an, sondern den Staat.



## Novum in der Geschichte des BSBD

Justizminister Rainer Stickelberger (SPD) antwortet auf Vorhaltungen gegen die Landesregierung

**Der Justizminister begann seinen – ursprünglich als „Festvortrag“ bezeichneten – Beitrag mit der klaren Ansage, dass er nach der Rede des Beamtenschaftsvorsitzenden nun keine Festrede mehr halten könne.**

Er sehe sich dadurch vielmehr veranlasst, auf die vielen und massiven Vorhaltungen gegen die Landesregierung, der er schließlich angehöre, einzugehen. So erläuterte er in sachlicher Weise die vielfältigen fiskalischen Probleme, die die neue Regierung übernehmen musste und die sie künftig wirksam und nachhaltig lösen müsse, wenn sie die verfassungsmäßig festgelegte „Schul-

denbremse“ im Jahre 2020 erreichen wolle. Es gehe also kein Weg an einer konsequenten Haushaltssanierung vorbei. Er bedaure aber, wenn in diesem Zusammenhang mit dem Beamtenschaft keine vertragliche Regelung gefunden werden könnte; denn mit „Sprachlosigkeit“ könne man weder Probleme noch gar Konflikte lösen.

Sodann ging Justizminister **Stickelberger** auf grundsätzliche und praktische Fragen des baden-württembergischen Justizvollzugs ein. Und hier zeigte und bewährte sich im Gefolge des Delegiertentags das gute kooperative Verhältnis des **BSBD** zum Justizministerium. Auf Anfrage und Bitte wurde dem Landes-

vorstand die vom Justizminister aus gutem Grund nicht gehaltene Festrede in schriftlicher Form und mit der Zustimmung zur Veröffentlichung zugesandt.

Wir freuen uns über diesen Vertrauensbeweis und danken dafür, so dass wir nun unseren **BSBD**-Mitgliedern die politische Standortbestimmung mit grundsätzlichen und konkreten Aussagen für die Gestaltung und Entwicklung des Justizvollzugs in Baden-Württemberg darbieten können.

Im folgenden also – auch ein Novum in der Geschichte des **BSBD** – die beim Delegiertentag nur fragmentarisch gehaltene Rede von Justizminister **Stickelberger** in vollem Wortlaut. *wok*

## Rede von Rainer Stickelberger (SPD), Justizminister Baden-Württemberg

Gehalten am am 26. Oktober 2012 im Congress Centrum Stadtgarten in Schwäbisch Gmünd

– Es gilt das gesprochene Wort –

Herzlichen Dank für die freundliche Begrüßung. Ich freue mich, bei der Festveranstaltung Ihres Landesdelegiertentages die Festrede halten zu dürfen und damit eine gute Tradition fortsetzen zu können. Als erstes darf ich Ihnen, lieber Herr **Schmid**, zu Ihrer Wiederwahl als Vorsitzender des Landesverbandes Baden-Württemberg des **BSBD** sehr herzlich gratulieren. Ich schätze unsere Zusammenarbeit und freue mich auf deren Fortsetzung. Alles Gute für Ihre weitere Arbeit als Vorsitzender. Die gute Zusammenarbeit zwischen dem **Bund der Strafvollzugsbediensteten Deutschlands** und uns ist ein wichtiger Faktor dafür, dass der Vollzug in Baden-Württemberg gut aufgestellt ist. Wir werden gemeinsam daran arbeiten, dass dies auch in Zukunft so bleibt. Denn wie Sie selbst wissen, werden wir gerade auch im Justizvollzug stets vor neu Herausforderungen gestellt, die es zu meistern gilt.

Dazu zählt die Schaffung moderner Strukturen im Justizvollzug, auch in baulicher Hinsicht. Mit dem **Haftplatzentwicklungsprogramm** stehen wir vor der großen Aufgabe, der Vollzugslandschaft des Landes eine zukunftsfeste Struktur zu geben. Weil uns eine verantwortungsvolle Haushaltspolitik wichtig ist, wollen wir **größere Einrichtungen** schaffen, die einen wirtschaftlichen Betrieb ermöglichen. Kleinere Einrichtungen sind kostenintensiv. Ihr Bauunterhalt ist teuer und wir brauchen zu viel Personal, um sie adä-

quat betreiben zu können. Hinzu kommt, dass wir auch dann, wenn wir viel Geld in die Hand nehmen, weder im Bereich Sicherheit noch bei der Behandlung der Gefangenen den Standard von größeren Vollzugseinrichtungen erreichen.

Wir müssen nämlich die Struktur für einen nachhaltigen Behandlungsvollzug schaffen. Weil wir wissen, dass die aktive Arbeit mit dem Täter der beste Opferschutz ist. Wir wollen keinen Verwahrvollzug, in dem wir die Menschen bis zum Ende ihrer Haftzeit wegsperren. Wir wollen die Gründe ihrer Delinquenz erkennen und an die-



Rainer Stickelberger, Justizminister Baden-Württemberg.

sen arbeiten. Dies ist nur möglich, wenn wir ein vielschichtiges Behandlungsangebot anbieten. Wir werden aber auch **keine Abstriche bei der Sicherheit** machen. Wir werden auch künftig alles tun, um Entweichungen aus dem geschlossenen Vollzug zu verhindern. Dies gelingt uns leichter in größeren, modernen Einrichtungen.

Diese Ziele erreichen wir nur, **wenn wir unsere bestehenden Einrichtungen baulich und technisch ertüchtigen** und sie auf den neusten Stand der Technik

bringen. Deshalb führen wir in enger Absprache mit der Hochbauverwaltung des Landes eine Reihe von umfangreichen Baumaßnahmen durch und planen weitere große Baumaßnahmen.

So werden in den kommenden beiden Jahren die Torwachen der Justizvollzugsanstalten in Adelsheim und Mannheim komplett neu gestaltet. Die Torwache der Justizvollzugsanstalt Adelsheim wird nicht nur mit modernster Sicherheitstechnik ausgestattet, sondern auch grundlegend saniert. In der Justizvollzugsanstalt Mannheim werden wir im Jahr 2013 mit dem zweijährigen Bau einer neuen Torwache beginnen, die nicht nur einen modernen und sicherheitstechnisch auf neuestem Stand befindlichen Zugang zur größten Anstalt des Landes ermöglicht, sondern auch ein zeitgemäßes Aushängeschild sein wird.

Ein weiteres großes Bauvorhaben wird die Vollzugslandschaft des Landes ebenfalls nachhaltig verändern: Die Justizvollzugsanstalt Stuttgart wird durch den geplanten Neubau von fünf neuen Unterbringungsgebäuden an den bestehenden Bau 3 ein völlig neues Gesicht bekommen. Das jetzt dominante Hochhaus wird nach Beendigung dieser umfangreichen Baumaßnahme abgerissen werden. Dadurch wird nicht nur eine zeitgemäße Unterbringung der Gefangenen möglich sein, sondern es werden den Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auch modernste Arbeitsplätze nach Offenburger Vorbild zur Verfügung stehen. In der Justizvollzugsanstalt Heilbronn wird Anfang des kommenden Jahres mit der

Errichtung eines weiteren Unterkunftsgebäudes mit rund 64 Haftplätzen begonnen.

Außerdem wollen wir den **Justizvollzug** auch wieder **komplett in staatlicher Hand** betreiben. Die Regierungsfraktionen haben diese Weichenstellung bereits im Koalitionsvertrag klar und eindeutig vorgegeben. Privatisierung hat im Justizvollzug – und sei es auch nur in Teilbereichen – keinen Platz. Damit kommen wir auch einer **Forderung des Bundes der Strafvollzugsbediensteten Deutschlands nach**.

Auch wir sind der Auffassung, dass im Justizvollzug mit seiner klassisch hoheitlichen Aufgabenstellung die Inanspruchnahme von privaten Unternehmen und Sicherheitsdiensten durch den Staat mehr als problematisch ist. In kaum einem anderen Bereich sieht die Verfassung gravierendere Eingriffsbefugnisse des Staates in die Rechte und Privatsphären seiner Bürgerinnen und Bürger vor. Es gilt deshalb gerade im Justizvollzug das **Gewaltmonopol des Staates** in eindeutiger und klarer Weise streng zu beachten und in diesem Sinne die Aufgabenerledigung den Beamtinnen und Beamten zu übertragen, die aufgrund ihres Status nicht in einen Konflikt zwischen gesetzestreu er Aufgabenerledigung und möglichen anderen Interessen kommen können.

Mit der Überführung der Abschiebungshafteinteilung in der Justizvollzugsanstalt Mannheim in die klassische staatliche Betriebsform haben wir bereits einen ersten Schritt getan. Im Jahre 2014 wird die Justizvollzugsanstalt Offenburg folgen. Wir bringen damit deutlich zum Ausdruck, dass die Sicherheit der Bürger und die Resozialisierung der Straftäter als staatliche Kernaufgabe verstanden wird, die klar und uneingeschränkt unter staatlicher Verantwortung erledigt werden muss.

Insgesamt hat die Justizvollzugsanstalt Offenburg dadurch nach Beendigung der durch die Fremdfirma erbrachten Dienstleistungen einen zusätzlichen Personalbedarf von 101 staatlichen Stellen. Angesichts des ebenfalls im Koalitionsvertrag festgeschriebenen Zieles der Konsolidierung des Landeshaushalts und der in den letzten Jahren gesunkenen Gefangenzahlen mussten wir prüfen, welche Schließungsmaßnahmen des **Haftplatzentwicklungsprogrammes** bereits vor Fertigstellung der dort vorgesehenen Erweiterungs- und Neubauten vollzogen werden können. Es sind dies die Außenstelle Heidenheim der Justizvollzugsanstalt Schwäbisch Gmünd, die bereits im August geschlossen wurde, und die Außenstelle Heidelberg der Justizvollzugsanstalt Mannheim, die zum 31. März 2014 aufgegeben werden soll.

Mir ist bewusst, dass die Schließungen und die dadurch notwendig werdenden Versetzungen für die Bediensteten einen massiven Einschnitt und eine nicht unbeträchtliche Belastung bedeuten. Auch die Anwärterinnen und Anwärter waren insoweit betroffen, als zwar die Übernahme sämtlicher Anwärter möglich war, aber nicht alle in ihrer Ausbildungsanstalt übernommen werden konnten. Die notwendigen Schritte haben wir jedoch jeweils unter Berücksichtigung sozialer Belange und unter Einbeziehung der Betroffenen und der jeweiligen Personalräte unternommen. Außerdem ist es uns gelungen, auch für die Justizvollzugsanstalt Offenburg Zuweisungen von 37 neuen Stellen zu erreichen. Ein weiteres großes Projekt des Justizvollzuges hat uns in letzter Zeit sehr beschäftigt.

Wie Sie sicher wissen, hat das **Bundesverfassungsgericht** mit Urteil vom **4. Mai 2011** die **gesetzlichen Regelungen zur Sicherungsverwahrung für nicht mit dem Grundgesetz vereinbar** erklärt. Es hat die Gesetzgeber in Bund und Ländern aufgefordert, bis 1. Juni 2013 ein Gesamtkonzept der Sicherungsverwahrung zu entwickeln und gesetzlich festzuschreiben, das dem verfassungsrechtlichen Abstandsgebot Rechnung trägt. Danach hat sich der Vollzug der Sicherungsverwahrung vom Vollzug der Strafhaft deutlich zu unterscheiden. Die Landesgesetzgeber haben – dieses Abstandsgebot sichernde, effektive – Regelungen für den Vollzug der Maßregel zu schaffen, die einen freiheitsorientierten und therapiegerichteten Vollzug gewährleisten.

Bisher regelt das Justizvollzugsgesetzbuch in seinem Dritten Buch den Strafvollzug und enthält innerhalb dessen – insoweit der hergebrachten Systematik des Strafvollzugsgesetzes des Bundes folgend – besondere Vorschriften über den Vollzug der freiheitsentziehenden Maßregeln der Besserung und Sicherung, darunter auch der Sicherungsverwahrung. Dieser Abschnitt enthält einige spezielle Regelungen und verweist im Übrigen auf die Vorschriften über den Vollzug der Freiheitsstrafe.

Demgegenüber soll der Vollzug der Sicherungsverwahrung künftig in einem **eigenständigen Fünften Buch des Justizvollzugsgesetzbuches** geregelt werden. An die Stelle der bisherigen Vorschriften treten spezielle Regelungen über die Behandlung von Strafgefangenen mit angeordneter oder vorbehaltener Sicherungsverwahrung. Die erste Lesung im Landtag fand vorgestern statt.

Die Vollzugsziele der Sicherungsverwahrung können aber nur erreicht werden, wenn **ausreichende Personalkapazitäten** zur Verfügung stehen, um eine

den Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts und den zu erwartenden bundesgesetzlichen Regelungen gerecht werdende Betreuung der Untergebrachten zu gewährleisten. Im Vorgriff auf die Neuregelung des Vollzuges der Sicherungsverwahrung sind dem Justizvollzug im Staatshaushalt 2012 bereits 16 Personalstellen zugegangen. Acht dieser Stellen stehen der – für den Vollzug der Sicherungsverwahrung zuständigen – Justizvollzugsanstalt Freiburg zur Verfügung, weitere acht Stellen entfallen auf die Behandlung und Betreuung der Strafgefangenen mit angeordneter oder vorbehaltener Sicherungsverwahrung in der Justizvollzugsanstalt Bruchsal. Die dadurch anfallenden Mehrkosten belaufen sich auf rund 740.000 €. Sie sehen, auch insoweit wird der Justizvollzug gut aufgestellt sein.

Ich kann Ihnen versichern, dass wir auch in Zukunft gemeinsam mit den Gewerkschaften und den Personalvertretungen alles daran setzen werden, das – auch im bundesweiten Vergleich – hohe Niveau des baden-württembergischen Justizvollzuges weiter auszubauen.

Ich habe nun einige der wichtigsten aktuellen Projekte im Justizvollzug Baden-Württembergs angesprochen. Wir werden gemeinsam dafür sorgen, dass der Justizvollzug in Baden-Württemberg auch in Zukunft genauso gut, vielleicht sogar etwas besser aufgestellt sein wird als heute. Wir leisten in Baden-Württemberg mit einem im Bundesvergleich schlanken Personalkörper hervorragende Arbeit im Justizvollzug. Das ist nur möglich aufgrund des großen Engagements, mit dem die Bediensteten in den Justizvollzugsanstalten ihre tägliche Arbeit verrichten. Keine Frage, diese Aufgabe stellt hohe Anforderungen an die Persönlichkeit, das fachliche Können und das Einfühlungsvermögen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Bei meinen Besuchen in den Justizvollzugsanstalten – erst letzte Woche war ich in Ravensburg und Mannheim – bin ich immer tief beeindruckt von der positiven und engagierten Haltung der Bediensteten aller Laufbahnen. Das ist für mich ein Markenzeichen des Justizvollzuges in Baden-Württemberg wie das traditionell gute Zusammenwirken von Justizministerium und **BSBD**. Diesen Kurs möchte ich beibehalten.

Ich freue mich auf die weitere gute Zusammenarbeit zum Wohl der Bediensteten und des Justizvollzuges insgesamt! Vielen Dank!

*Rainer Stichelberger*  
MdL Justizminister

**(Diese Rede von Justizminister Stichelberger wird auch in die BSBD-Homepage des Landesverbands eingestellt.)**



## Schlusswort

Es soll nicht vergessen werden: Alle Redner gratulierten dem Landesvorsitzenden, seinen Stellvertretern und dem gesamten Vorstand zu den herausragenden Wahlergebnissen, wenn auch ob der Prozentzahlen von ganz knapp unter 99 gelegentlich ein ironisch-freundlicher Unterton zu vernehmen war. Man wünschte jedenfalls viel Glück und Erfolg sowie eine gute gedeihliche Zusammenarbeit.

### Dank, Ehrungen und Geschenke

Zum Abschluss der Festveranstaltung verzichtete der neugewählte Landesvorsitzende auf ein Schlusswort, er hatte aber noch etwas Wichtiges zu erledigen: Angemessen zum Ende der Festveranstaltung ehrten die Vorsitzenden **Schmid** und **Konrath** die drei Mitglieder des Landesvorstands, die nun ausgeschieden waren: Kollegin **Elfriede Ensle-Bohn** sowie den Kollegen **Erich Haag** und **Hansjörg Schwaab** wurden mit einem ganz herzlichen Dankeschön für die vielen Jahre engagierter und kollegialer Mitwirkung im Vorstand und zum Abschiedstrost wohl-schmeckende Weine der Staatsdomäne



Hohrainhof übergeben. Auch die Delegierten danken mit kräftigem Applaus.

Der gesamte Delegiertentag mit seinen vielen Sitzungen und Veranstaltungen stand unter der ständigen Obhut des sog. Orga-Teams der Schwäbisch Gmünder Kolleginnen, die seit mehr als eineinhalb Jahren dieses Ereignis mit viel Arbeit und Herzblut vorbereitet und zum besten Gelingen gestaltet haben. Die Blumen-

sträuße, die am Donnerstagabend bei der „Scheunenwirtin“ in Bartholomä vom Vorsitzenden überreicht wurden, waren so der Ausdruck eines übergroßen Dankes an die Kolleginnen **Bärbel Woyan**, **Marita Tisljar**, **Elfriede Ensle-Bohn** und **Margareta Kreissl**. Stets bei der Arbeit und mitten im Geschehen – unermüdlich und unauffällig, aber immer effektiv: Landesgeschäftsführerin **Barbara Reber** – ebenso: Herzlichen Dank! Dem großen Schatten, den sie warfen, wurden sie auch gerecht: eine Abordnung der Stadtjugendkapelle Schwäbisch Gmünd gestaltete den musikalischen Rahmen und die Zwischenspiele bei der Festveranstaltung. (Alle Fotos in den vorstehenden Berichten: HaRo/BSBD – soweit nichts anderes vermerkt)

## Der nächste Delegiertentag im Jahre 2017 findet in Freiburg statt

Planungssicherheit ist schon die halbe Miete. **Heinz Wintergerst**, der Vorsitzende des **Ortsverbandes Freiburg**, bezeichnete es als große Ehre, die Anfrage des Landesvorsitzenden zur Ausrichtung des **18. Landesdelegiertentags 2017** erhalten zu haben; sein OV Freiburg wird diese Aufgabe gerne übernehmen und sich – wie Schwäbisch Gmünd – sehr anstrengen!



BSBD-Landesgeschäftsführerin **Barbara Reber**.

JM Rainer Stichelberger:

## Bedienstete leisten hervorragende Arbeit

Als staatliche Kernaufgabe hat es Justizminister **Rainer Stichelberger** bezeichnet, für die Resozialisierung von Inhaftierten zu sorgen und gleichzeitig den Schutz der Bürgerinnen und Bürger vor weiteren Straftaten zu gewährleisten.

„Deshalb werden wir den Justizvollzug künftig wieder komplett in staatlicher Hand betreiben“, sagte der Minister am Freitag (26. Oktober 2012) beim Landesdelegiertentag des Landesverbands Baden-Württemberg des Bundes

der Strafvollzugsbediensteten (**BSBD**) in Schwäbisch Gmünd. Er wies darauf hin, dass die Landesregierung mit der Kündigung des privaten Dienstleisters in der Justizvollzugsanstalt (JVA) Offenburg auch einer Forderung des **BSBD** entsprochen habe. Der Justizminister dankte den Bediensteten für Ihre Arbeit im Justizvollzug des Landes. Er brachte seine Überzeugung zum Ausdruck, dass der Justizvollzug in Baden-Württemberg auch in Zukunft genauso gut, vielleicht sogar etwas besser aufgestellt sein werde als heute.

Er unterstrich, dass in Baden-Württemberg mit einem im Bundesvergleich schlanken Personalkörper hervorragende Arbeit geleistet werde. Dies sei

nur aufgrund des großen Engagements möglich, mit dem die Bediensteten in den Justizvollzugsanstalten ihre tägliche Arbeit verrichten.

Es sei keine Frage, dass diese Aufgabe hohe Anforderungen an die Persönlichkeit, das fachliche Können und das Einfühlungsvermögen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter stelle.

Bei seinen Besuchen in den Justizvollzugsanstalten sei er immer tief beeindruckt von der positiven und engagierten Haltung der Bediensteten aller Laufbahnen. Das sei für ihn ein Markenzeichen des Justizvollzuges in Baden-Württemberg wie das traditionell gute Zusammenwirken von Justizministerium und **BSBD**. *JM-Pressestelle*

**Pressespiegel:** Gmünder Tagespost 27. Oktober 2012

## Stichs Brandrede bremst die Festrede

Minister Rainer Stickelberger wird in Gmünd mit dem Unmut der Beamten konfrontiert

**Auf die Festrede hat Justizminister Rainer Stickelberger kurzerhand verzichtet. Wichtiger war ihm die Erwiderung auf die Brandrede, zu der Volker Stich, der Landesvorsitzende des Beamtenbundes sein Grußwort umfunktioniert hatte. Und im Saal des Gmünder CongressCentrums war am Freitag eines deutlich: Dem Ländle droht im Frühjahr eine scharfe Tarifaus-einandersetzung.**

**Schwäbisch Gmünd.** Die Gewerkschaft der Strafvollzugsbediensteten (BSBD) hatte zum Delegiertentag in die Stauferstadt geladen – mit Festversammlung zum Abschluss:

Eröffnung, neun Grußworte und des Ministers Vortrag stehen im CongressCentrum auf dem Programm. Alles geht seinen gewohnten Gang, bis **Volker Stich** seinen Kropf leert, statt artig zu grüßen: „Bislang dachte ich, mit Grün-Rot einen vernünftigen Weg gehen zu können – aber jetzt habe ich meine Zweifel“, wettet er und kündigt an, dass im Fall einer Deckelung der

Gehälter oder gar einer Nullrunde im Frühjahr nicht 3000, sondern 6000 bis 8000 Beamte und Angestellte auf die Straße gehen werden“.

Der Beifall im Saal ist minutenlang und richtig laut, was Stich Rückenwind gibt.

Diese Reaktion nehmen Sie mal ernst, die Stimmung wird weitaus schärfer“, wettet er in Richtung erster Reihe, wo es **Willi Halder (Grüne)**, **Ernst Kopp** und **Klaus Maier (SPD)** schier nicht mehr auf den Stühlen hält. Stich setzt noch einen drauf: Er habe keinerlei Verständnis, dass selbst Rekordsteuereinnahmen nicht ausreichen, und bei den Beamten weiter gespart werde. „Das ist keine Erblast von Schwarz-Gelb, sondern das sind bewusste politische Entscheidungen“, schimpft er.

Diese halbstündige Brandrede, an deren Ende das Publikum aufsteht, um lange zu applaudieren, will der Justizminister „nicht unkommentiert lassen – zumal sich die politischen Grußwortredner an die Vorgaben gehalten haben und jetzt nicht erwidern können“. Er ist überzeugt, dass Schwarz-Gelb „diese

Haushaltsaltlasten genauso auf die Füße gefallen wären“ und wirbt geduldig und ausführlich für eine Konsolidierung der Finanzen.

Und dann kommt **Rainer Stickelberger** auch noch aufs eigentliche Festreden-Thema: Die strukturelle Entwicklung der Haftanstalten in Baden-Württemberg. Kleinere Einrichtungen seien auch aus Gründen der Sicherheit nicht mehr zeitgemäß. Deshalb soll – nach Heidenheim in diesem Jahr – bis 2014 auch die Außenstelle Heidelberg der Haftanstalt Mannheim geschlossen werden.

Dass dies auch Auswirkungen auf Schwäbisch Gmünd haben könnte, sagt der Justizminister am Mikrophon zwar nicht. Am Rande der Veranstaltung im CongressCentrum ist aber zu hören, dass in naher Zukunft deshalb womöglich auch weibliche Untersuchungshäftlinge in Gotteszell untergebracht werden könnten.

Die sind nämlich derzeit in Heidelberg und bräuchten dann eine neue „Bleibe“.

ANKE SCHWÖRER-HAAG

**Pressespiegel:** Rems-Zeitung Schwäbisch Gmünd vom 27. Oktober 2012

## Justizvollzugsbedienstete tagten im Stadtgarten

Der Landesdelegiertentag des Bundes der Strafvollzugsbediensteten findet in diesem Jahr im Gmünder Stadtgarten statt. In diesem Rahmen gab es gestern Nachmittag eine hervorragend besuchte Festveranstaltung, zu der der BSBD-Landesvorsitzende Alexander Schmid besonders Justizminister Rainer Stickelberger begrüßen konnte, bei dem er sich für das beschlossene Ende der Privatisierung im Vollzug bedankte.

Generell gehe es darum, aktiv dem Zerrbild vom Schließer und Wärter entgegenzutreten“.

Der Justizvollzug sei elementarer Teil der Inneren Sicherheit, bei dem es weniger um Kosten als um Wert gehen müsse.



Oberbürgermeister **Richard Arnold** bekannte in seinem Grußwort Bewunderung und Respekt für die Arbeit der Vollzugsbediensteten.

Er könne dies wegen der hier angesiedelten JVA Gotteszell ein bisschen be-

urteilen. **Arnold** lud die Delegierten zur Landesgartenschau 2014 ein. Der Justizminister betonte, dass das Land mit der Kündigung des privaten Dienstleisters einer Forderung des **BSBD** entsprochen habe.

Foto: ml

Extra günstig vom Spezialisten anrufen und testen.

**0800 - 1000 500**

Free Call

Wer vergleicht, kommt zu uns, seit über 35 Jahren.



Beamtendarlehen **supergünstig**  
**5,27%** effektiver Jahreszins\*  
Laufzeit 7 Jahre

- Umschuldung: Raten bis 50% senken
- Beamtendarlehen ab 10.000 € - 125.000 €
- Baufinanzierungen günstig bis 120%

**AK FINANZ**

Kapitalvermittlungs-GmbH  
E3, 11 Planken  
68159 Mannheim  
Fax: (0621) 178180-25  
Info@AK-finanzen.de

www.AK-Finanz.de

\*Spezialdarlehen: Beamte / Angestellte ö.D.

Außerst günstige Darlehen z.B. 30.000 € Sollzins (fest gebunden) 5,15%, Lfz. 7 Jahre, mtl. Rate 426 € effektiver Jahreszins 5,27%, Bruttobetrag 35.784 € Sicherheit: Kein Grundschuldeneintrag, keine Abtretung, nur stille Gehaltsabtretung. Verwendung: z.B. Modernisierung rund ums Haus, Ablösung teurer Ratenkredite, Mobilkauf etc. Vorteile: Niedrige Zinsen, feste Monatsrate, Sondertilgung jederzeit kostenfrei, keine Zusatzkosten, keine Lebens- Renten oder Restschuldversicherung.

# Impressionen vom 17. Landesdelegiertentag in Schwäbisch Gmünd

Stadtrundgang mit sehr kompetenter und humorvoller Stadtführerin und interessierten BSBD-Mitgliedern



...am Rokoko-Schlösschen.



...auf dem Marktplatz.



Geistige Nahrung allein reicht nicht – es muss auch für das leibliche Wohl gesorgt werden: Mittagessen beim Delegiertentag im Foyer des Congress-Centrums Stadtgarten Schwäbisch Gmünd.



Auch Power-Point hat seine Tücken – bringt aber Farbe auf die Vorsitzenden.



Am Rande des Geschehens und während der Stimmenauszählung: „wichtige“ Gespräche...



...und zufriedene Gesichter.

Fotos: BSBD-BW (6)

## Modenschau zur Haute Couture aus Schwäbisch Gmünd

Bruno Wendt sorgt mit wohlgesetzten Pointen für viel Vergnügen beim Publikum



**Augenschmaus bei der Abendveranstaltung:** aus alten Uniformen und Anstaltskleidung, aus Gardinen und Vorhängen, aus Bettbezügen und -decken u.v.m. wurde viele Monate modelliert und geschneidert – und dann am Freitagabend des Delegiertentags auf dem Catwalk vorgeführt.

In den feinen und originellen Kreationen steckten ebenso ansehnliche Models, die die Zuschauer und Zuschauerinnen begeisterten. Dies alles entstand unter der Regie von Kollegin **Elke Diemer** und wurde sehr launig moderiert vom Schwäbisch Gmünder Polizeichef **Helmut Argauer** höchstselbst.



Die Überleitungen und Ankündigungen der nächsten Darbietungen besorgte in gut- bewährter und lockerheiterer Manier unser geschätzter und

liebenswürdiger Kollege **Bruno Wendt** mit seinen wohlgesetzten pointierten Reimen zum Vergnügen seines Publikums. Für das nächste Event versprach er einen hochexplosiven Act, mit der Gefahr, dass das Dach des CC sich absprengen könnte – und er hatte Recht. Die „**Geslach-Guggen Göggingen**“ – soll heißen: „**Gänsepfützensguggen**“ – vollführten mit ihren Instrumenten und mit ihrem Front-Guggen ein wahres Höllenspektakel. Selbst als bodenständig apostrophierte Beamtinnen und Beamte hoben ab und zeigten ungeahntes rhythmisches Hüpfen und Arme-Wedeln. Einige „Gehörempfändliche“ ergriffen aber auch die Flucht... (alle Fotos: HaRo/BSBD) wok

**BSBD**  
Gewerkschaft Strafvollzug

### Liebe BSBD-Mitglieder!

Wie wäre es mit einer Städtereise? In Zusammenarbeit mit dem Deutschen Beamtensbund bekommen **BSBD-Mitglieder** in vielen Städten Deutschlands Sonderkonditionen.

**Weitere Informationen bekommt ihr von eurem Ortsverbandsvorsitzenden.**

Das Angebot gilt bis Ende 2012.

Der **BSBD** vermittelt nur die Vorteilsangebote und übernimmt hierfür keinerlei Gewährleistung. Anbieter sind die Hotels in Kooperation mit dem **dbb!**



**bbw**  
beamtensbund  
baden-württemberg